

# Hohenstein-Crussthaler Tageblatt und Anzeiger

Das Blatt erscheint täglich, ausgenommen an Sonn- und Feiertagen. Die Redaktion ist in Hohenstein-Crussthal, Postfach 23464. Die Druckerei befindet sich in Hohenstein-Crussthal, Postfach 23464.

Das Blatt enthält die neuesten Nachrichten und Meldungen aus dem In- und Ausland. Die Redaktion ist in Hohenstein-Crussthal, Postfach 23464. Die Druckerei befindet sich in Hohenstein-Crussthal, Postfach 23464.

Hohenstein-Crussthaler Zeitung, Nachrichten und neueste Nachrichten

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Albert Schulz, Hohenstein-Crussthal, Postfach 23464. Druckerei: Hohenstein-Crussthal, Postfach 23464.

Dieses Blatt enthält die neuesten Nachrichten und Meldungen aus dem In- und Ausland. Die Redaktion ist in Hohenstein-Crussthal, Postfach 23464. Die Druckerei befindet sich in Hohenstein-Crussthal, Postfach 23464.

Nr. 292

Bankkonto: Chemnitzer Bankverein, Chemnitz. Postfach-Konto: Leipzig 23464.

Sonnabend, den 16. Dezember 1922.

Gemeinde-Post-Konto Nr. 14.

72. Jahrg.

## Poincaré verzichtet nicht.

In der französischen Kammer hielt Poincaré am Freitag seine angekündigte große Rede, in der er, nachdem er die Fragen des Orients im französischen Sinn behandelt hatte, auf das Verhältnis zu Deutschland einging. Auf der Londoner Konferenz sei das Problem der Reparationen mit den interalliierten Schulden behandelt worden. Die Besprechungen hätten in der gesunden und freundschaftlichsten Atmosphäre stattgefunden. Der gegen Frankreich ungerichtet vorgebrachte Vorwurf des Imperialismus werde in britischen Regierungskreisen niemals Widerhall finden. In London habe er einfach die Ideen entwickelt, die er auch in der Kammer ausgeführt habe, und er habe seine Haltung in keinem Punkte zu ändern brauchen. Zu den deutschen Vorschlägen übergehend, erklärte Poincaré, es habe sich um die Herabsetzung der deutschen Schulden und ein Moratorium von 4 bis 5 Jahren gehandelt, und zwar ohne Annahme des von den Alliierten entwickelten Reformprogramms hinsichtlich der Einführung der Steuern, der Stabilisierung der Mark usw. Frankreich, das Ende dieses Jahres für Deutschland 100 Milliarden vorausgibt (?) haben werde, könne auf seine Forderungen nicht verzichten. Die alliierten Schulden, die 72 Milliarden Goldmark erreichten, dürften nicht in gleichem Rang gestellt werden mit den deutschen Schulden, denn die Alliierten-Schulden seien für die gemeinsame Verteidigung abgeschlossen worden, es handle sich also um Kriegskosten, und die Alliierten hätten hoffen dürfen, daß die Kriegskosten, welche sie untereinander teilen, zu den Lasten Deutschlands gestellt würden. Die Alliierten, die den Gedanken einer Entschädigung für alle Verluste und Schäden ausgeben müssen, hätten in Artikel 232 des Friedensvertrages selbst der Wiedergutmachung der verursachten Schäden eine Priorität über die Kriegsschulden zuerkannt, sie könnten also unter sich die Zahlung der Kriegsschulden nicht verlangen, bevor Deutschland nicht die Kriegsschäden bezahlt habe.

## Internationale Anleihe von 1 1/2 Milliarden Dollar.

Dem „Newport Herald“ wird aus Washington gemeldet, daß in politischen Kreisen die Tatsache große Beachtung gefunden hat, daß Präsident Harding unvermutet dem Staatssekretär Hughes einen Besuch abstattete, unmittelbar, nachdem Pierpont Morgan bei dem Staatssekretär erschienen war. Der Presse wird zwar erklärt, diese Besuche hätten keine Bedeutung man bringt sie aber allgemein mit der Reparationsfrage in Zusammenhang. Das Blatt erinnert bei dieser Gelegenheit an die Worte, die Morgan nach Schluß der Pariser Bankierskonferenz sagte: „Da das europäische Problem von einer internationalen Anleihe abhängt, die an Deutschland gegeben werden muß und an der die amerikanischen Kapitalisten teilnehmen würden, glaube ich, daß eine Lösung ohne allgemeine Regelung der Reparationen unmöglich ist.“ In allen Blättern und finanziellen Kreisen wird die Bedeutung des Besuches Morgans hervorgehoben und betont, daß die Vereinigten Staaten immer erklärt hätten, zur Regelung der Reparationsfrage beizutragen. Eine solche Hilfe sei aber vergeblich, solange nicht eine endgültige Reparationssumme unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit Deutschlands festgesetzt werde.

Wie der Washingtoner Korrespondent der „Newport World“ berichtet, glaubt man allgemein, obwohl eine amtliche Bestätigung noch aussteht, daß Morgans Besuch beim Staatssekretär Hughes am letzten Mittwoch die Möglichkeit einer großen internationalen Anleihe an Deutschland, unter der Voraussetzung, daß Frankreich einer endgültigen Regelung der Reparationsfrage zustimmt, zum Gegenstand hatte.

Der Korrespondent fügt hinzu, die Höhe der Anleihe werde in Regierungskreisen mit 1 1/2 Milliarden Dollar angegeben. Der „Newport Herald“ bestätigt diese Zahl und bemerkt, die amerikanische Regierung und amerikanische Bankiers nähmen ein direktes Interesse daran.

In Verbindung hiermit wird gemeldet, daß man an maßgebender Berliner Stelle die Nachricht erhalten habe, daß die amerikanische Großfinanz nicht mehr abgeneigt ist, die Anleihe für Deutschland zu unterstützen. Von Ihnes wird nur abgewartet die politische Entwickelung, vor allem, welche Stellung die Regierung Harding in den nächsten Tagen einnehmen wird. Es ist damit zu rechnen, daß Harding schon in kurzer Zeit eine Rundmachung erläßt, die eine direkte Beteiligung Amerikas am Wiederaufbau Deutschlands in Aussicht stellt. Sodann werden die amerikanischen Bankiers nicht verfehlen, sofort die nötigen Schritte zu unternehmen, um die Anleihe für Deutschland einzuleiten.

Reine weiteren Zugeständnisse. Die ungeklärte äußere Lage wird vor Zusammentritt der Pariser Konferenz keine Entspannung erfahren. Das Reichsministerium beriet Freitag früh die neuen Reparationsverschlüsse an die Entente. Es herrschte Einmütigkeit, daß über die letzten Zugeständnisse im wesentlichen nicht hinausgegangen werden könnte. Die am Sonnabend beginnenden Besprechungen des Kanzlers mit den Parteien werden Montag fortgesetzt werden. Am Mittwoch soll dann die am Freitag abgesetzte Besprechung des Kanzlers mit den Vertretern der deutschen Industrie stattfinden.

## Die Reparationsfrage im englischen Unterhause.

Im Laufe der fortgeführten Aussprache im Unterhause über die politische Lage richtete Sir Robert Hudson an die Regierung die Aufforderung, ihr Neuzusatz zu tun, um eine endgültige Reparationssumme festzusetzen. Er widersetzte sich entschieden der französischen Politik, die darauf gerichtet sei, Deutschland zu zerschneiden und fordere die Regierung auf, bis zur äußersten Grenze des Möglichen zu gehen, um Frankreich zu verhindern, eine unabhängige Aktion zu unternehmen. Morel erklärte, das Rheinland sei behandelt worden wie eine eroberte Provinz, und die französische militärische Politik gehe darauf hinaus, es von Deutschland zu trennen.

## Amerikanische Hilfsaktion.

Wie aus Washington gemeldet wird, hat das Mitglied des Kongresses Newton eine Entschließung eingebracht, nach der eine Summe von 70 Millionen Dollar dazu verwendet werden soll, der Unterernährung in Deutschland und Österreich abzuwehren. Für diesen Betrag sollen in den Vereinigten Staaten Lebensmittel eingekauft werden, die vom amerikanischen Roten Kreuz mit Hilfe der Organisationen des deutschen und des österreichischen Roten Kreuzes verteilt werden sollen. Newton wies darauf hin, daß der Friedensvertrag von Deutschland die Herausgabe von Millionen und anderen für die Ernährung wichtigen Dingen forderte und daß eine große Menge Kohlen von Frankreich und Belgien weggenommen wurde, und sagte sodann: „Wir sind eine christliche Nation. Während Deutschland und Österreich im Kriege unsere Feinde waren, sind sie jetzt unsere besiegten Gegner. Ich bin dessen sicher, daß Amerika nicht zusehen will, wie hilflose Frauen und Kinder durch Kälte und Hunger zugrunde gehen.“

## Der neue Ernährungsminister und die Landwirtschaft.

Im Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft ergriff am Freitag der neue Reichsernährungsminister Dr. Luther das Wort. Er führte aus, er wolle keine Programmrede halten, sondern sich auf einzelne Punkte beschränken. Die Vorlagen betr. die Preisfestsetzung für das dritte Sechstel der Umlage ging an das Reichsministerium und würde hoffentlich in den nächsten Tagen erledigt sein. Ferner sagte er zu, noch vor Beginn der Frühjahrsoberbestellung eine bindende Erklärung über die Wirtschaftsform des nächsten Jahres abzugeben. In die Spitze seiner Ausführungen müßte er die Erzeugungsförderung stellen, wenn das auch eine glatte Selbstverständlichkeit sei. Das Ringen gehe nur um die Mittel, aber er müsse betonen, daß man unmöglich gegen die Landwirtschaft mit dem Produktionsprogramm durchdringen könne. Aufgabe des Ministeriums sei es deshalb, einerseits in der städtischen Bevölkerung die Ueberzeugung für die Notwendigkeit der Anwendung der richtigen Mittel wachzurufen, andererseits aber auch in der Landwirtschaft das Verständnis zu wecken, daß nicht nur auf die Schwierigkeiten der augenblicklichen Wirtschaftslage lagern, sondern daß der Schwerpunkt der Not sich auf die städtische Bevölkerung gelegt habe. Es müsse eine Brücke geschlagen werden zwischen Stadt und Land, denn die Möglichkeit, sich ausreichend in der Stadt zu ernähren, schwinde immer mehr und mehr. Der Mittelstand, der Brennpunkt deutscher Kultur, die Rentempfänger und auch weite Kreise der städtischen Arbeiterklasse lebten nicht nur viel bescheidener als vor dem Kriege, sondern was das aller schlimmste sei, ihr Nachwuchs sei auf das schwerste bedroht. Es müßten Wege für eine Gesundheits- und Schicksalsgemeinschaft zwischen Stadt und Land gefunden werden, denn wir alle dienen ja dem gemeinsamen Vaterland.

## Der Harden-Prozess.

In Berlin wurden in den letzten Tagen gegen zwei junge Leute verhandelt, welche beschuldigt waren, den Schriftsteller Maximilian Harden so verprügelt zu haben, daß er wochenlang arbeitsunfähig war. Der Ueberfall erregte seinerzeit viel Aufsehen, da er zweifellos politischen Ursprungs war und zum Zwecke hatte, Harden an einer Vortragsreise nach den Vereinigten Staaten zu hindern. Die beiden Attentäter wurden schließlich wegen Beihilfe zu gefährlicher Körperverletzung — der Haupttäter ist entflohen und unauffindbar — zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt.

## Sächsisches.

Hohenstein-Crussthal, 16. Dezember 1922.

Wettervorhersage für morgen:

W: ist trüb, kälter, trocken, nordwestliche Winde.

Temperatur am 15. Dezember:

Minimum - 0,9. 12 Uhr + 3,3 Maximum + 8,6

Die amerikanische Hilfsaktion. Wie aus Washington gemeldet wird, hat das Mitglied des Kongresses Newton eine Entschließung eingebracht, nach der eine Summe von 70 Millionen Dollar dazu verwendet werden soll, der Unterernährung in Deutschland und Österreich abzuwehren. Für diesen Betrag sollen in den Vereinigten Staaten Lebensmittel eingekauft werden, die vom amerikanischen Roten Kreuz mit Hilfe der Organisationen des deutschen und des österreichischen Roten Kreuzes verteilt werden sollen. Newton wies darauf hin, daß der Friedensvertrag von Deutschland die Herausgabe von Millionen und anderen für die Ernährung wichtigen Dingen forderte und daß eine große Menge Kohlen von Frankreich und Belgien weggenommen wurde, und sagte sodann: „Wir sind eine christliche Nation. Während Deutschland und Österreich im Kriege unsere Feinde waren, sind sie jetzt unsere besiegten Gegner. Ich bin dessen sicher, daß Amerika nicht zusehen will, wie hilflose Frauen und Kinder durch Kälte und Hunger zugrunde gehen.“